

# PRESSEMITTEILUNG

## Angst im Öffentlichen Dienst steigt: „Er hätte die Alte zu Tode prügeln müssen“

**Knapp 300 gemeldete Angriffe auf Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, schockierende Schilderungen von Übergriffen und bewegende Rückmeldungen Angehöriger – seit 100 Tagen ist die Kampagnenseite [www.angegriffen.info](http://www.angegriffen.info) im Netz, um mobil zu machen gegen die Gewalt, die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst entgegenschlägt. Wie ernst die Lage ist, zeigen Hass-Kommentare wie dieser: „er hätte lieber vollkommen ausrasten sollen und die alte zu tode prügeln müssen.“ Er steht unter einem Video, mit dem die Deutsche Beamtenbund-Jugend NRW vor wenigen Wochen ihre Kampagne öffentlichkeitswirksam startete.**

Aus dem Winkel einer Überwachungskamera zeigt das Video eine typische Szene, wie sie sich in Arbeitsämtern oder Jobcentern hierzulande regelmäßig zuträgt: In ruhigem Ton versucht eine Behördenmitarbeiterin einem sichtlich erregten Mann klar zu machen, warum sie ihm nicht weiterhelfen kann. Die Situation eskaliert nach wenigen Sekunden, weil sich der Bittsteller im Recht fühlt. Der Mann schlägt mit der flachen Hand auf den Schreibtisch, wird aufbrausend und laut. Schließlich schreit er die Beschäftigte an, schlägt mit der Computertastatur nach ihr und randaliert im Büro. Die verängstigte Beschäftigte will fliehen, doch der aufgebrachte Mann ist schneller, überwältigt sie und schlägt sie nieder.

Das Video, das diese Szene zeigt, ist nachgestellt. („Ausraster im Amt“ auf YouTube). Dennoch zeigt es eine Situation, die sich real zugetragen hat. Es ist ein Schock-Video, das sich wie eine Welle im Netz verbreitet hat. Innerhalb der ersten 36 Stunden wird es bereits mehr als 2.000 Mal angeklickt. Es war der Auftakt der bundesweiten Kampagne „Gefahrenzone Öffentlicher Dienst“, die die Deutsche Beamtenbund-Jugend NRW (dbb jugend nrw) vor 100 Tagen mit einer eigenen Kampagnen-Website startete. Gleich am ersten Tag wird die neue Website [www.angegriffen.info](http://www.angegriffen.info) über 7.600 Mal aufgerufen. Unter den unzähligen positiven Reaktionen melden sich auch Angehörige zu Wort: „Meine Frau arbeitet im Öffentlichen Dienst und was sie sich da täglich anhören muss, ist nicht mehr schön. Sie hat an den ganzen Beleidigungen sehr zu knabbern. Ich möchte darum danke sagen, dass Sie dieses wichtige Thema aufgreifen.“ Dagegen schockieren Hasskommentare und Gewaltaufforderungen wie die unter dem Kampagnenvideo.

**Schockierende Kommentare fordern zu harter Gewalt auf**



**dbb**  
jugend nrw

**Pressekontakt**  
Markus Klügel  
Geschäftsstellenleiter  
dbb jugend nrw  
Friedrich-Ebert-Str. 1  
40210 Düsseldorf

☎ 0176. 50 13 60 97  
☎ 0211. 35 59 28-16  
☎ 0211. 35 59 28-10  
✉ [presse@dbbjnrw.de](mailto:presse@dbbjnrw.de)  
🌐 [www.dbbjnrw.de](http://www.dbbjnrw.de)

Geradezu milde mutet noch dieser an: „Nachdem ich 5 mal die selbenunterlagen bringen sollte und angeblich immer noch was fehlte, was nachweislich 1. Eingereicht wurde und 2. Nicht nochmal erfragt wurde bis dahin, hätte ich das gerne auch gemacht! Jeder der sich nicht so zusammenreißen kann, würde da genau so ausrasten! Und zwar zu recht!“

Ein weiterer Kommentar, der gerade mal eine gute Woche alt ist, macht verständlich, warum viele Beschäftigte im Öffentlichen Dienst nur mit Bauchschmerzen an ihren Arbeitsplatz kommen: „Ich könnt euch sachen aus dem Jobcenter erzählen die mir persönlich, nachweislich zugestoßen sind. Ich habe eine sehr gute erziehung genossen und bin eigentlich gut bürgerlich aufgewachsen ABER was dort abgeht ... rechtfertigt sogar körperliche gewalt gegen jeden einzelnen mitarbeiter !!! (...) Wie gesagt schade, das der typ der alten nicht ein paar mal vorn kopf getreten hat. Sie hätte es verdient. ... schade das er sich noch halbwegs im griff hatte, er hätte lieber vollkommen ausrasten sollen und die alte zu tode prügeln müssen !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!“

Knapp 300 Vorfälle, in denen Menschen aus nichtigem Anlass ausrasten und häufig bis zum Äußersten gehen, werden auf angegriffen.info auf einer Zeitleiste aufgeführt. Hier sind in chronologischer Reihenfolge Übergriffe auf Beschäftigte aller Bereiche des Öffentlichen Dienstes in Deutschland abgebildet, die größtenteils auch durch die Medien gingen. Ausschließlich von Betroffenen selbst kommen hingegen die Einträge in der Rubrik „Kummerkasten“. Beschäftigte aus Finanzämtern, Jobcentern, dem Rettungsdienst, aber auch Bahnbeschäftigte oder Politessen tragen dort ihre eigenen Erlebnisse ein. „Dies geschieht anonymisiert, denn die Betroffenen fürchten nicht nur weitere Angriffe, sondern auch Probleme durch ihre Arbeitgeber, die die Geschehnisse unter dem Deckel halten wollen“, sagt Jano Hillnhütter, Vorsitzender der dbb jugend nrw.

### **Das hat die Kampagne in 100 Tagen öffentlich gemacht**

So schreibt ein Betroffener unter dem Nickname „mika“: „Ein Kunde schlug mir einen ganzen Stapel meiner Akten gegen den Kopf, weil ich seine Leistungen nach dem SGB II nicht auszahlen durfte. Anschließend schlug er mit der Faust nach mir – ich lag bereits am Boden. Ich musste leider privatrechtlich gegen den Kunden vorgehen. Es gab eine Verhandlung, doch die Sache wurde eingestellt. Einige Jahre später erkrankte ich vermutlich aufgrund des Vorfalles erneut und bin knapp ein Jahr ausgefallen. Hilfe? Fehlanzeige!“

100 Tage nach dem Start der Kampagne „Gefahrenzone Öffentlichen Dienst“ ist vieles passiert. Über einen eigenen Twitter-Account wird jeder neue Übergriff aus der Zeitleiste öffentlich gemacht und weitere aktuelle Infos zum Thema verbreitet. Zwei Umfragen, an denen sich insgesamt beinahe 1.000 Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst im gesamten Bundesgebiet beteiligt haben, zeigt den Ernst der Lage. „Beinahe die Hälfte der Beschäftigten hat bereits selbst Übergriffe erlebt. Und in der zweiten Umfrage berichtet die Hälfte der Teilnehmer darüber, dass sich in Notsituationen zwar die Kollegen untereinander helfen, es aber keine festen Notfallabläufe gibt“, fasst Jano Hillnhütter die Ergebnisse zusammen.

„Es besteht also offenkundig dringender Handlungsbedarf“, so Hillnhütter weiter. In manchen Kommunen habe man zwar beispielsweise Grundsatzklärungen gegen Gewalt verabschiedet und diese auch über die Medien bekannt gegeben. Doch die Mitarbeiter vor Ort wissen zu berichten, dass diese nur auf dem Papier existieren und keine Relevanz für die tägliche Arbeit hätten. Auch Selbstverteidigungstrainings für die Mitarbeiter brachten einer Kommune zwar einen guten Ruf ein, werden tatsächlich jedoch von den Beschäftigten selbst in Sportvereinen organisiert und angeboten.

### **Seelische Folgen und Morddrohungen**

100 Tage nach dem Start der Kampagne steht auch aus solchen Gründen das Telefon bei der dbb jugend nrw nicht mehr still. Betroffene melden sich und erzählen von Angriffen auf sich selbst und auch von Kollegen, die nach schweren Angriffen körperlich verletzt wurden und in Folge dessen seelisch am Ende sind. Die Mitarbeiterin einer Uniklinik berichtet unter anderem von Morddrohungen, die sie erhalten hat. „Jemand wollte über einen Patienten auf der Intensivstation telefonisch Auskünfte haben. Als ich ihm mitteilte, dass ich ihm dazu telefonisch nichts sagen könne, drohte er mir: ‚Passen Sie nachts auf, wenn Sie nach Hause gehen. Ich weiß, wo Sie wohnen!‘“

„Da es bislang nur wenig konkrete Zahlen zu den Übergriffen im Öffentlichen Dienst gibt, versuchen wir unter anderem über die Kampagne Informationen und Fakten zusammenzutragen“, sagt Hillnhütter. In Kürze will die dbb jugend nrw diese bei einem persönlichen Treffen mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière vorstellen und diskutieren.